

Gesamtpersonalrat (GPR) der Stadt Lehrte

Rathausplatz 1, 31275 Lehrte

☎ 05132 – 505 145 - E-Mail: liss@lehrte.de

Ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesvorstand
Herrn Frank Bsirske
Paul-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

DGB Bundesvorstand
Herrn Michael Sommer
Henriette-herz-Platz 2
10178 Berlin

Lehrte, den 11.11.2008

Resolution

an DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Lieber Michael, lieber Frank !

Die aktuelle Finanzkrise führt uns deutlich vor Augen, dass die Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft hin zum Neoliberalismus, die seinerzeit von der rotgrünen Koalition initiiert wurde, falsch war.

Erst die Schröder-Regierung und nun die Große Koalition haben es ermöglicht, dass die Sozialpartnerschaft aufgekündigt wurde. Abhängig Beschäftigte, Renterinnen und Rentner sowie Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen wurden zu Bittstellern gemacht. Bildung und Gesundheit sind zu einer Frage des Geldbeutels geworden. Nie war die Kinderarmut in Deutschland höher als heute – und das in einem der reichsten Länder dieser Welt. Zunehmend Dumpinglöhne, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse - auf den Punkt gebracht hat eine Sklavenhaltung der modernen Zeit Einzug gehalten.

Änderungen der Steuergesetzgebung haben dazu geführt, dass sich dramatische Verschlechterungen auf der Einnahmeseite der öffentlichen Hand zeigen. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Die Bevölkerung ist immer unzufriedener mit der Politik. Bemerkbar wird dies durch zunehmende Resignation, das Fernbleiben von Wahlen und somit einer Konterkarierung des demokratischen Gedankens. Mit Sorge müssen wir registrieren, dass rechtes Gedankengut um sich greift!

Auch an der gewerkschaftlichen Basis rumort es zunehmend. Wir in Lehrte, als eine der „Hochburgen“ in der Region Hannover, werden tagtäglich damit konfrontiert. Teilweise sehen wir uns nicht mehr in der Lage, dies aufzufangen.

Ein zentraler Vorwurf ist immer wieder die Untätigkeit der Führungs- und Leitungsgremien von DGB- und Einzelgewerkschaften gegenüber der von der Regierungskoalition praktizierten Politik, die von immer mehr Menschen in unserem Land als ungerecht empfunden wird.

Die weltweite Finanzmarktkrise, deren Auswirkungen für die Zukunft noch dramatische Züge annehmen können, die uns allerdings gern verschwiegen werden, ist aus unserer Sicht die Gelegenheit, die Politik der vergangenen Jahre hin zum ungezügelter Kapitalismus in Frage zu stellen und die Menschen zu mobilisieren. 500 Milliarden Euro werden locker gemacht für die Rettung der Banken – Milliarden, die denen, die es dringend benötigen, vorenthalten werden.

Plötzlich ist das Geld, das angeblich für ein menschliches Gesundheitswesen, für ein besseres Schul- und Bildungssystem oder für armutsfeste Renten fehlt, im Überfluss vorhanden, wenn es darum geht, die Milliarden von Spekulationsverlusten der Banken zu sozialisieren.

Wegen der Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro wurde tagelang im Parlament diskutiert. Über 26 Milliarden Euro für die Hypo Real Estate Bank wurden in einer Nacht vom Finanzminister und einigen

Bankvorständen entschieden: Das hat nichts mehr mit der so wohl gepriesenen bürgerlichen Demokratie zu tun, das ist die Diktatur der Ökonomie.

Schon jetzt bleiben in der Folge der Krise Tausende von Beschäftigten im Bankengewerbe auf der Strecke. Aufgrund der einbrechenden Absätze stellen sich die Industrieunternehmen mit massiver Arbeitsplatzvernichtung auf die wachsende Krise ein. In Deutschland rechnen laut Handelsblatt vier von fünf Unternehmen mit gravierendem Personalabbau.

Es ist absehbar, dass diese Krise enorme Lasten und unzähliges Leid für große Teile der Bevölkerung bringen werden. Die Folgen für die Beschäftigten, die Arbeitslosen, Rentner usw., für die Armen in dieser Welt, aber auch für den Mittelstand in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind in ihrem ganzen Umfang noch nicht absehbar.

Wenn es um gesetzlichen Mindestlohn geht, ein Beschäftigungsprogramm gefordert wird, oder wenn es um die Finanzierung der Rente und ein gerechtes Gesundheitssystem geht, dann ist kein Geld da oder uns wird von den Vertretern der Regierung vorgerechnet, die Kosten wären unbezahlbar. Jetzt geht es um mehrere Hundert Milliarden Euro. Die Vertreter der Großen Koalition entscheiden, kein Parlament und schon gar nicht die Bevölkerung werden gefragt. Nie wurde die Macht der Ökonomie und der Einfluss der Banken und Großindustrie auf die herrschenden Parteien so deutlich wie jetzt.

Es ist zu befürchten, dass für die Milliarden, die nun den Banken hinterher geworfen werden, wieder die Allgemeinheit zur Kasse gebeten werden wird. Die Folge wird eine massive Verschärfung der Angriffe auf den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen und RentnerInnen sein. Lohnzurückhaltung, Sozialabbau, Kürzungen – wieder wird versucht werden, die Kosten der Krise voll auf uns abzuwälzen.

Diese Ungerechtigkeiten sind doch so offensichtlich, dass es gilt, hier die Wende für eine gerechtere Politik herbeizuführen. Hier gilt es mehr den Einfluss der Gewerkschaften zu nutzen.

Bereits in den Jahren 2004 (gegen die Hartz IV-Gesetze) und 2006 („Das geht besser.“ – gegen Sozialabbau) wurden nach Großdemonstrationen in Berlin die rumorende Stimmung innerhalb der Bevölkerung im Keim erstickt. Anstatt die Strömungen zu nutzen, wurden seinerzeit durch DGB und Einzelgewerkschaften weitere Aktivitäten ausgesetzt.

Wir dürfen die Stimmung an der Basis nicht unterschätzen. Untätigkeit wird dazu führen, dass uns weiter die Mitglieder davonlaufen! Wir brauchen eine offensive Öffentlichkeitsarbeit und rufen Euch dazu auf, dieses praktisch auf den Weg zu bringen.

Das was jetzt gebraucht wird, ist die Organisation von gesellschaftlichem Widerstand. Protest und Widerstand gegen die weitere Zerstörung der Sozialsysteme, den Bildungsabbau, die Privatisierung und gegen den Umbau der Steuersysteme zu Gunsten des Kapitals.

Es muss ein Politikwechsel durchgesetzt werden. Auch deshalb, weil die Gefahr reaktionärer Entwicklungen wächst. Wir brauchen eine offene Debatte über die Zukunft, in der wir leben wollen. Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen.

Lieber Michael und lieber Frank,

der Unmut bei den Beschäftigten ist groß. Wir, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Personalräte nehmen wahr, dass sowohl die gewerkschaftlich organisierten als auch die (noch) unorganisierten Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaftsführung nicht nur mehr Initiative und öffentliche Einmischung sondern auch nachhaltige Aktionen erwarten. Aufgrund der eingetretenen kritischen aktuellen Situation dürfte es sehr leicht sein, die Beschäftigten zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen auf die Straße zu bringen.

Deshalb fordern wir Euch hiermit auf, Eure Verantwortung für die vielen Gewerkschaftsmitglieder hörbar, engagiert und aktiv wahr zu nehmen. Wir meinen, dieses seid Ihr als Leitfiguren des DGB und ver.di (der größten Einzelgewerkschaft) nicht nur uns Mitgliedern sondern allen Menschen schuldig.

Wir stimmen Dir zu, lieber Frank, „Krisen bringen auch Chancen hervor“ (ver.di-extra-Flugblatt zur Finanzmarktkrise). Lasst uns die Chance nutzen, eine arbeitnehmerorientierte Politik in den Betrieben und

in der Gesellschaft durchzusetzen. Nutzen wir die Kraft unserer Gewerkschaften dazu, für soziale Gerechtigkeit aktiv und offensiv einzutreten. Lasst uns mit aller Kraft den Regierenden zeigen, dass Sich Politik an den Bedürfnissen der abhängig beschäftigten Menschen zu orientieren hat.

Deshalb fordern wir Euch hiermit auf: Werdet endlich aktiv. Ergreift die Initiative und begegnet der seit Jahren anhaltenden unsozialen Politik durch die Organisierung eines konsequenten und dauerhaften Widerstandes. Organisiert einen Schulterschluss mit anderen sozialen Bewegungen, um gemeinsam für ein Recht auf politische Streiks zu kämpfen. Wir hoffen auf Euch !
Gemeinsam schaffen wir es, mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu erkämpfen.

Mit kollegialen Grüßen

Gesamtpersonalrat der Stadt Lehrte
Wolfgang Liß, GPR-Vorsitzender

Verdi-Vertrauensleutekörper der Stadt Lehrte
Uwe Winkler, Ver.di-Vertrauensmann